

21. März 2023

Entlastung der Studierenden bei der Einführung des Deutschlandtickets

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
Sehr geehrter Herr Minister Wissing,
Sehr geehrte Landesminister*innen,

die Studierenden werden als Statusgruppe seit Beginn der Pandemie nicht berücksichtigt, nicht in die bestehende Kommunikation zwischen Bund und Länder einbezogen und haben bei der marginal ausgefallenen Unterstützung ein aufwendig gestaltetes Verwaltungsverfahren zur Verfügung gestellt bekommen, welches eher an den berüchtigten "Passierschein A38" erinnert.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Einführung des Deutschlandtickets zum 01. Mai 2023, nichtsdestotrotz sehen wir uns gezwungen Sie direkt zu kontaktieren, da wir als Vertreter*innen der Studierenden unserer Bundesländer die Preispolitik zum Ticket nicht guten Gewissens abnicken können. Zwar stellt das Deutschlandticket eine wichtige Initiative dar, um umweltfreundliche Mobilität zu fördern und Menschen dazu zu ermutigen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, jedoch werden Studierende, aber auch die regionalen Verkehrsverbände, unter dem aktuellen Tarif stark vernachlässigt. Dass Studierende, die bereits mit zahlreichen finanziellen Belastungen konfrontiert sind und auf günstige Mobilitätslösungen angewiesen sind, vom Deutschlandticket nicht profitieren können, ist untragbar.

Die Solidarmodelle der einzelnen Bundesländer wurden damals geschaffen, um den Studierenden vergünstigte Tarife für den öffentlichen Personennahverkehr zu gewähren. Der Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts folgend, stellt das Deutschlandticket die Solidarsysteme bundesweit infrage und destabilisiert diese. Sollte das Deutschlandticket eingeführt werden, ohne Studierenden zumindest ein Differenz-Upgrade zu ermöglichen, wäre dies ein schwerer Rückschlag für die bereits bestehende Freizügigkeit von rund 3 Millionen finanziell schlechter gestellten Menschen.

Darüber hinaus ist es wichtig, die Verkehrsverbünde vor Ort zu unterstützen, die eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Mobilitätsdienstleistungen spielen. Dazu tragen die Solidarmodelle vor Ort massiv bei. Eine Stärkung dieser Verbünde ermöglicht es, lokale und regionale Verkehrsnetze besser auf die Bedürfnisse der Studierenden und anderer Nutzergruppen abzustimmen und somit eine qualitativ hochwertige Infrastruktur zu gewährleisten.

Wir appellieren daher an Sie, bei der Einführung des Deutschlandtickets die Bedürfnisse der Studierenden zu berücksichtigen und ihnen weiterhin deutlich vergünstigte Tarife anzubieten. Dabei sollte die Unterstützung der Verkehrsverbünde vor Ort nicht vernachlässigt werden, um eine nachhaltige und zukunftsfähige Verkehrspolitik zu gewährleisten.

Für uns ist es daher unerlässlich, dass Bund und Länder gemeinsam das Upgrademodell zum 01. Mai erheblich unter den regulären Preis senken. Die bisher in Medienberichten genannten 10% sind eindeutig zu wenig. Außerdem fordern wir weiterhin ein bundesweites 29€ Bildungsticket zum Wintersemester 2023/2024.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit und hoffen, dass Sie die Belange der Studierenden ernst nehmen und entsprechende Maßnahmen ergreifen, die bereits bei einer Übergangslösung, hin zu einem Solidarticket für das Bundesgebiet, die Studierenden merklich entlasten.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Marwitz für die Landes-ASTen-Konferenz Schleswig-Holstein

Ludwig Schenk für die Brandenburgische Studierendenvertretung

Lukas Achenbach für die Landes-ASTen-Konferenz Saarland

Rudy Bernard Cruz für die LandesASTenKonferenz Rheinland-Pfalz

Benjamin Reichardt für die Konferenz Thüringer Studierendenschaften